

Aktueller Budgetausblick 2026 und 2027

Schnelleinschätzung des Fiskalratsbüros¹

Defizitziel 2027 benötigt Konsolidierungsvolumen von 4,4 Mrd Euro

- Bisherige Konsolidierungsschritte zeigen Wirkung: Budgetdefizit 2025 sinkt auf 4,2% des BIP, bleibt aber weiterhin deutlich über der 3%-Obergrenze.
- Weitere Rückführung des Budgetdefizits ist unumgänglich. Nahezu unveränderte Defizitprognosen 2026 (4,0% des BIP) und 2027 (4,1% des BIP) machen rasches und ambitioniertes Vorgehen nötig.
- Ausgabenwachstum bleibt weiterhin hoch.
- Bereits 2027 besteht eine Lücke zu den Budgetzielen der Bundesregierung (3,5% des BIP) im Umfang von 4,4 Mrd Euro. Rasch wirksame zusätzliche Konsolidierungsschritte sind daher nötig.
- Fiskalratsbüro erwartet Fortsetzung des rasanten Anstiegs der Staatsschuldenquote seit Beginn der multiplen Krisen 2019 von 71% auf 85% des BIP bis 2027.

Das Fiskalratsbüro erwartet für 2026 und 2027 gesamtstaatliche Budgetdefizite von 4,0% bzw. 4,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit bleibt die Einschätzung gegenüber der Herbstprognose des Fiskalrats nahezu unverändert. Ausschlaggebend dafür sind gegenläufige Entwicklungen bei Konjunktur, Inflation und Konsolidierungsmaßnahmen, die sich weitgehend ausgleichen.² Die niedrigeren Gehaltsabschlüsse für den öffentlichen Dienst und die weitere Rücknahme von Förderungen tragen zwar zur leichten Verbesserung des Budgetsaldos gegenüber 2025 bei, sind aber nicht in der Lage, die hohe Ausgabendynamik aufgrund erhöhter Inflation, dem dynamischen Anstieg der Gesundheitsausgaben und der deutlichen Erhöhung der Transfers an die EU zu durchbrechen. Eine nachhaltige und ausreichende Rückführung der Defizitquote bleibt aus. Bis 2027 nähert sich die Schuldenquote mit 85,0% des BIP ihrem historischen Höchststand, der im Zuge der Verstaatlichung von Geschäftsbanken im Rahmen des Bankenpakets erreicht wurde. Im Gegensatz zu damals ist der Anstieg der Verschuldung aber großteils nicht mit dem Erwerb von Vermögenswerten verbunden. Eine automatische Rückführung der Verschuldung ist damit ausgeschlossen. Eine Stabilisierung der Schuldenquote – dafür wären bis 2027 Defizite unter 2,5% des BIP nötig – ist derzeit außer Reichweite.

Hohes Wachstum der Sozial- und Gesundheitsausgaben verhindern stärkeren Defizitrückgang 2025

Der moderate Anstieg der Staatsausgaben im Jahr 2025 um 3,6% gegenüber dem Vorjahr (2024: +9,3%) spiegelt den Rückgang der Inflation und die bisherige gesamtstaatliche Konsolidierungsanstrengung wider, die u. a. die Streichung des Klimabonus, einen deutlichen Rückgang der Subventionen, aber auch geringere Investitionen in die Schieneninfrastruktur umfasste. Das strukturell zugrundeliegende Ausgabenwachstum blieb hingegen weiterhin hoch. Hierfür waren vor allem die starke Ausgabendynamik bei sozialen Sachleistungen im Gesundheitsbereich (v. a. Ausgaben für niedergelassene Ärzte und Medikamente) und bei Pensionsausgaben verantwortlich. Konjunkturbedingt stiegen die Arbeitslosenzahlungen deutlich an. Der Zuwachs der Staatseinnahmen schwächte sich zwar mit 4,5% gegenüber dem Vorjahr etwas ab (2024: +5,3%), blieb aber trotz einiger Einnahmenverzichte der Vergangenheit (z. B. ökosoziale Steuerreform) dennoch klar über dem Ausgabenzuwachs und dem BIP-Wachstum. Die Konjunkturerholung, der deutliche Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge u. a. aufgrund der weiterhin hohen Lohn- und Gehaltsabschlüsse und die Rücknahme von Steuererleichterungen aus

¹ Die vom Fiskalratsbüro zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung des Fiskalrates wieder.

² Die Schnelleinschätzung basiert auf der aktuellen WIFO-Konjunkturprognose vom 10.4.2026.

den Vorjahren im Zusammenhang mit der Energiekrise waren für den deutlichen Einnahmewachstum verantwortlich. Das Budgetdefizit ging 2025 ausgehend von 4,6% 2024 auf 4,2% des BIP zurück. Die Schuldenquote erhöhte sich um 1,5 Prozentpunkte auf 81,5% des BIP.

Makroökonomische Entwicklung unterliegt hoher geopolitischer Unsicherheit

Die sich noch Anfang 2026 abzeichnende Erholung der Konjunktur und die damit einhergehenden positiven Effekte für den Staatshaushalt durch höhere Abgabeneinnahmen und geringere Leistungen für Arbeitslosigkeit schwächen sich ab, da sich die Unsicherheit aufgrund der angespannten geopolitischen Lage und der jüngsten Kriegshandlungen in Nahost erhöht. Das Risiko einer drastischen konjunkturellen Eintrübung und damit Verschlechterung des Budgetsaldos steigt mit Fortdauer des Krieges im Iran. Als „Faustregel“ gilt: Sinkt das reale BIP um 1 Prozent, verschlechtert sich der Budgetsaldo um 0,5% des BIP.

Geplanter Budgetpfad der Bundesregierung erfordert rasche weitere Konsolidierung

Das Büro des Fiskalrates geht von Defiziten in Höhe von 4,0% des BIP (2026) und 4,1% des BIP (2027) aus. Daraus resultiert eine Lücke in Höhe von 0,6% des BIP zum geplanten Budgetdefizit der Bundesregierung von 3,5% des BIP im Jahr 2027. Um diese Lücke schließen zu können, ergibt sich unter der Berücksichtigung der negativen makroökonomischen Auswirkungen einer Konsolidierung auf die Volkswirtschaft Österreichs ein Konsolidierungsbedarf in Höhe von 4,4 Mrd Euro. Um das laufende Defizitverfahren gegen Österreich wie geplant zu beenden, ist bis 2028 darüberhinausgehend zusätzlich zu konsolidieren.

Strukturelles Ausgabenwachstum bleibt weiterhin hoch

Trotz der Wirkung bzw. dem zusätzlichen Einsetzen von langfristig wirkenden Maßnahmen des ersten Konsolidierungspakets der Bundesregierung in den Jahren 2026 und 2027 – wie moderate Gehaltsabschlüsse im öffentlichen Dienst und Einsparungen bei Verwaltungspersonal – bleibt die zugrundeliegende Dynamik der Ausgaben hoch. Die voranschreitende Alterung der Gesellschaft, die u. a. für die steigenden Gesundheits- und Pflegeausgaben verantwortlich ist, der über die nächsten Jahre anhaltende Anstieg der Finanzierungskosten durch die Zinsnormalisierung und den laufenden Anstieg des Schuldenstandes, aber auch die deutliche Erhöhung des österreichischen EU-Beitrags im Rahmen des neuen EU-Budgetrahmens bedingen auch mittelfristig ein hohes Wachstum der Staatsausgaben. Zudem verschieben einige kurzfristig wirksame Maßnahmen (Aufschub von Infrastrukturinvestitionen, Anpassungen im Bereich der Korridor pension) die tatsächliche, permanent wirksame Konsolidierungslast nur in die Zukunft. Vor diesem Hintergrund ist ohne zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen auch mittelfristig keine Rückführung der hohen Budgetdefizite zu erwarten.

Staatsschuldenquote steigt ungebrochen weiter

Die anhaltend hohen Primärdefizite (Maastricht-Defizit ohne Zinsausgaben) und die steigenden Zinsausgaben infolge höherer Verschuldung führen trotz eines weiterhin negativen Zins-Wachstumsdifferentials zu einem laufenden Anstieg der Staatsschuldenquote. Ausgehend von 81,5% im Jahr 2025 nähert sich die Schuldenquote 2027 mit 85,0% des BIP ihrem historischen Höchststand aus dem Jahr 2015 (85,6% des BIP) an. Das Wirtschaftswachstum ist zu schwach, um diesen Trend zu stoppen.

Rückfragehinweis: Mag. Bernhard Grossmann

Büro des Fiskalrates, Tel.: +43-1-40420-7473

E-Mail: office@fiskalrat.at

www.fiskalrat.at

